An den
Außenpolitischen Sprecher der
SPD-Bundestagsfraktion
Herrn
Gernot Erler, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

22.04.2001

Ihre Erwiderung auf den Offenen Brief der Hamburger Friedensforscher, Dieter S. Lutz und Reinhard Mutz, "Zum zweiten Jahrestag des Kosovo-Krieges" in der Frankfurter Rundschau vom 12./13. April 2001

Sehr geehrter Herr Erler,

als Politikwissenschaftler und Friedensforscher stelle ich kritisch fest, daß seit dem Zusammenbruch des Ostblocks militärische Interventionen sowohl auf der russischen Seite, insbesondere in Tschetschenien, vor allem aber auch auf westlicher Seite, zunächst im zweiten Golfkrieg, dann im Bosnienkonflikt und zuletzt im Kosovo-Konflikt, zugenommen haben. Hinzu kommt, daß alle diese militärischen Interventionen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die friedliche Gestaltung zwischenstaatlicher und interkultureller Beziehungen in der Völkergemeinschaft auf die Art und Weise der Eindämmung und Bewältigung von regionalen Konflikten sowie auf die Demokratisierungsprozesse im Süden und auf die Transformationsgesellschaften, aber auch auf die Demokratieentwicklung in den westlichen Industriestaaten eine neue und besorgniserregende Qualität erreicht haben.

Die für die Rechtfertigung der Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien entscheidende Debatte um die Abwägung zwischen Völkerrecht und Menschenrechten lenkt davon ab, eben diese Auswirkungen genauer unter die Lupe zu nehmen. Ganz besonders hervorzuheben ist dabei die gefährliche Tendenz, daß die militärisch stärkste Staatengruppe mit unbestreitbar eigenen ökonomischen und hegemonialpolitischen Sonderinteressen, nämlich die Nato, sich immer unumwundener an die Stelle der "internationalen Staatengemeinschaft" setzt und monopolistisch für sich allein in Anspruch nimmt zu definieren, wo Menschenrechte verletzt werden und wann eine "humanitäre Katastrophe" vorliegt. Nach dem vor und während des Kosovo-Krieges etablierten Begriff der "internationalen

Staatengemeinschaft" als Synonym für die Nato, gehören Rußland und China, gehören mit den Staaten der Dritten Welt, die zu diesem Krieg gar nicht gefragt wurden, über vier Fünftel der Weltbevölkerung nicht mehr zur "internationalen Staatengemeinschaft".

Offensichtlich haben auch Sie, sehr geehrter Herr Erler, mit dieser anmaßenden Gleichsetzung Nato = Internationale Staatengemeinschaft nicht das geringste Problem. Ohne mit der Wimper zu zucken, sagen Sie doch in Ihrer Erwiderung: "Nachdem die internationale Staatengemeinschaft" - also die Nato - "alles versucht hat, um die festgestellten Gefahren abzuwenden, blieb als Ultima Ratio nur die militärische Intervention." Gibt es in Ihrer Fraktion, in deren Namen Sie geschrieben haben, bereits eine Mehrheit für das Faustrecht der Nato anstelle des Völkerrechts und für die Gleichsetzung der Nato mit der "Internationalen Staatengemeinschaft"? Ich kann mir einen derart unglaublichen Bewußtseinswandel in der SPD überhaupt nicht vorstellen und halte es auch schwer für möglich, daß eine offene und jenseits von interfraktionellen Zwängen geführte Diskussion zu einem derart für die Völkergemeinschaft folgenreichen, politischen, rechtlichen und moralischen Richtungswechsel in der SPD-Fraktion kommen kann. Insofern ist es gerade die politische und moralische Pflicht der Friedensforscher, eigentlich jedes demokratisch gesinnten Menschen, sich kritisch zu Wort zu melden, eine offene Diskussion über alle den Kosovo-Krieg betreffenden strittigen Fragen anzumahnen. Nur so kann verhindert werden, daß sich durch sprachliche Gewöhnung ein Sinneswandel auf kaltem Wege in den Köpfen durchsetzt.

Ich bin empört darüber, daß Sie in Ihrer Erwiderung wichtige Fragen namhafter Friedensforscher, auch wenn sie selbstverständlich nicht das gesamte Meinungsspektrum widerspiegeln, nicht ernst nehmen, statt dessen versuchen, diese mit dem Vorwurf der Verleumdung zu diskreditieren. Im übrigen stellt sich die Frage der Rechtmäßigkeit des Nato-Bombardements von Jugoslawien von neuem, und zwar aus der bisher ausgeklammerten Perspektive der Opfer des Milosevic-Terrorregimes, nämlich den Kosovo-Albanern. Es ist Ihnen sicherlich nicht entgangen, daß bei den Ende Oktober 2000 durchgeführten Kommunalwahlen im Kosovo - die ersten freien Wahlen überhaupt - Ibrahim Rugovas "Demokratische Liga" mit ca. 60 % der Wählerstimmen als klarer Sieger hervorging, während die UCK, trotz eines zu erwartenden Siegerbonus, weniger als 30 % der Stimmen erhielt. Rugovas Sieg war eine schallende Ohrfeige für die Nato und die Befürworter des Krieges. Der Westen hatte jahrelang seine sozial verankerte gewaltfreie Bewegung ignoriert und dagegen die militante UCK unterstützt. Zwei Jahre nach dem Krieg zeigt die UCK, einst politisch-militärischer Bündnispartner der Nato im Krieg gegen Jugoslawien, ihr Gesicht: sie ist für etliche Gräueltaten an den im Kosovo lebenden Minderheiten wie Serben und Roma verantwortlich, die nicht weniger schlimm sind als seinerzeit die serbischen Gräueltaten an den Albanern im Kosovo. Die UCK weist mafiose Strukturen auf, ist in allerlei illegale Geschäfte (Drogen- und Waffenhandel etc.) verstrickt und sorgt im Kosovo und inzwischen auch in Makedonien für neue Konflikte und für die Destabilisierung des gesamten Balkans. In Rambouillet saß im Frühjahr 1999 dennoch nicht etwa Rugovas Demokratische Liga am Verhandlungstisch, sondern die UCK-Führung, die mit ihrer Unterschrift auch letztlich das Alibi für den Krieg der Nato gegen Jugoslawien lieferte. Dieser Krieg war also nicht nur völkerrechtswidrig, er war vor allem nicht durch die angeblich zu schützenden Albaner legitimiert. Er stützte sich vielmehr auf die Unterschrift der Führung von militant-dubiosen albanischen Banden.

Der Verdacht, daß die Bundesregierung die öffentliche Meinung manipuliert hat, um die Zustimmung der Bevölkerung zum Nato-Bombardement zu ermöglichen, ist besorgniserregend genug. Selbst der geringste Manipulationsverdacht gegen die Bundesregierung bei diesem einschneidenden Kapitel der jüngsten deutschen Geschichte müsste jeden Demokraten auf den Plan rufen, um ihn auszuräumen oder aber Rechenschaft und Konsequenzen einzuklagen. Statt dessen diskreditieren Sie einen der wenigen kritischen Berichte wie den WDR-Film "Es begann mit einer Lüge" als Enthüllungsjournalismus, der im Vergleich zu massenhaft und unkritisch verbreiteten Regierungs- und Nato-offiziellen Informationen kaum ins Gewicht fällt. Eine umfassende Aufklärung über die Vorgänge im Zusammenhang mit den "Massakern von Rugovo", den "Massakern von Raczak", dem "KZ von Pristina" oder dem "Hufeisenplan" darf nicht länger verdrängt oder gar unterdrückt werden. Die Vorwürfe können weder durch die Kriegsgegner befriedigend bewiesen noch durch die Verantwortlichen glaubhaft widerlegt werden. Die Überprüfung der Vorwürfe und die Aufklärung insgesamt ist eine gemeinsame und für die Zukunft unserer Demokratie enorm wichtige Aufgabe.

Bei der massiven Kritik der Militärintervention der Nato in Jugoslawien geht es nicht um die Schuldfrage der Vergangenheit, um ein Tribunal, sondern um Lehren dieses Krieges für die Zukunft. Für die wichtigste Lehre daraus lieferten die Nato und die EU durch ihre Politik gegenüber Serbien nach Kriegsbeendigung selbst weitreichende Anhaltspunkte. Entscheidend für den Zusammenbruch von Milosevics System war letztlich das ernsthafte Versprechen von Wirtschaftshilfe an ein Serbien ohne Milosevic, das dessen Lager gespalten und geschwächt und schließlich zur Abwahl von ihm geführt hat. Nicht zuletzt führte auch die westliche Drohung, die in Aussicht gestellten Gelder nicht zu zahlen, wie wir es in den ersten April-Tagen erlebten auch zu seiner Verhaftung. Milosevic, der schon im Herbst 1998 kurz vor seinem Sturz stand, war es damals dagegen gelungen, durch die Eskalation der Gewalt im Kosovo und den Krieg der Nato, die serbische Opposition mit dem Vorwand der Vaterlandsverteidigung in die Enge zu treiben und das Ende seines Unrechtsregimes für eine Weile hinauszuschieben.

Ein winziger Bruchteil der auf ca. 100 Mrd. US-Dollar geschätzten Kriegskosten als Wirtschaftshilfe, gekoppelt an freie Wahlen, hätte also schon 1998 die soziale und machtpolitische Grundlage des Milosevic-Systems weggebrochen und aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Gewalteskalation im Kosovo verhindert. Seit 10 Jahren fordern Pazifisten einen Marshall-Plan und andere Krieg vorbeugende Maßnahmen für den gesamten Balkan - vergebens. Nun gibt ihnen die Nato unbeabsichtigt nachträglich Recht, sie liefert im Falle Jugoslawiens gerade den Beweis, daß Aggressoren durch Kriege gestärkt werden und daß es dagegen möglich ist, sie mit friedlichen Mitteln viel konsequenter in die Isolation zu treiben und ihnen das Handwerk zu legen. Ist es denn eine Verleumdung, die Frage aufzuwerfen, warum Sie, sehr geehrter Herr Erler, sich im Parlament nicht für den offensichtlich Erfolg versprechenderen friedlichen Weg der Konfliktbewältigung eingesetzt und die Bundesregierung nicht aufgefordert haben, diesem Weg die erste Priorität zu geben und warum Sie statt dessen hingenommen haben, daß die Nato nahezu alle nicht militärischen Optionen ausschlug und sich seit dem Spätsommer 1998 bis schließlich zum Diktat von Rambouillet im Februar 1999 auf die militärische Intervention festgelegt hat.

Die Legitimation dieser und vieler anderer gewichtiger Fragen ist so offensichtlich, die Aufarbeitung aller Umstände, die zum Nato-Jugoslawien-Krieg und zur deutschen Beteiligung daran geführt haben, so bitter nötig, daß ihre Verdrängung, zumal durch eine Diskreditierung derjenigen, die darauf drängen, nicht zu verantworten ist, es sei denn um den Preis eines schweren Schadens an der Demokratie in diesem Land. Im Interesse der Lehren aus diesem Krieg für humanere Wege zur Beilegung von künftigen Konflikten ist es nun an der Zeit, den geeigneten Rahmen für eine umfassende Aufarbeitung, z. B. durch die Einsetzung einer aus anerkannten kompetenten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestehenden Untersuchungskommission, einzutreten, wie sie anläßlich des zweiten Jahrestages des Kriegsausbruchs prominente Persönlichkeiten aus der Friedensbewegung vorgeschlagen haben.

Mit freundlichen Grüßen

PS: Ihr Einverständnis vorausgesetzt, stelle ich dieses Schreiben der Frankfurter Rundschau zur Verfügung.